**Anti-Minarett-Plakat im schweizerischen Amsteg:** *Es geht um die Frage nach der Identität eines ganzen Kontinents*

EUROPA

# Angst vor Eurabien

Die Schweizer haben in einer Volksabstimmung Minarette verboten und damit den Zorn der islamischen Welt auf sich gezogen. Doch auch in den übrigen Ländern Europas reagieren die Bürger verstört auf die neue Sichtbarkeit der Muslime.

In Langenthal, einer kleinen Stadt in der Schweiz, ist die Schlacht um Minarette geschlagen, und zwischen Siegern und Verlierern scheint Versöhnung ausgeschlossen. „Ich fühle mich missbraucht und als Mensch verletzt“, sagt Mutalip Karaademi. „Wir wollten ein Symbol treffen“, sagt Daniel Zingg, „und wir haben es getroffen.“

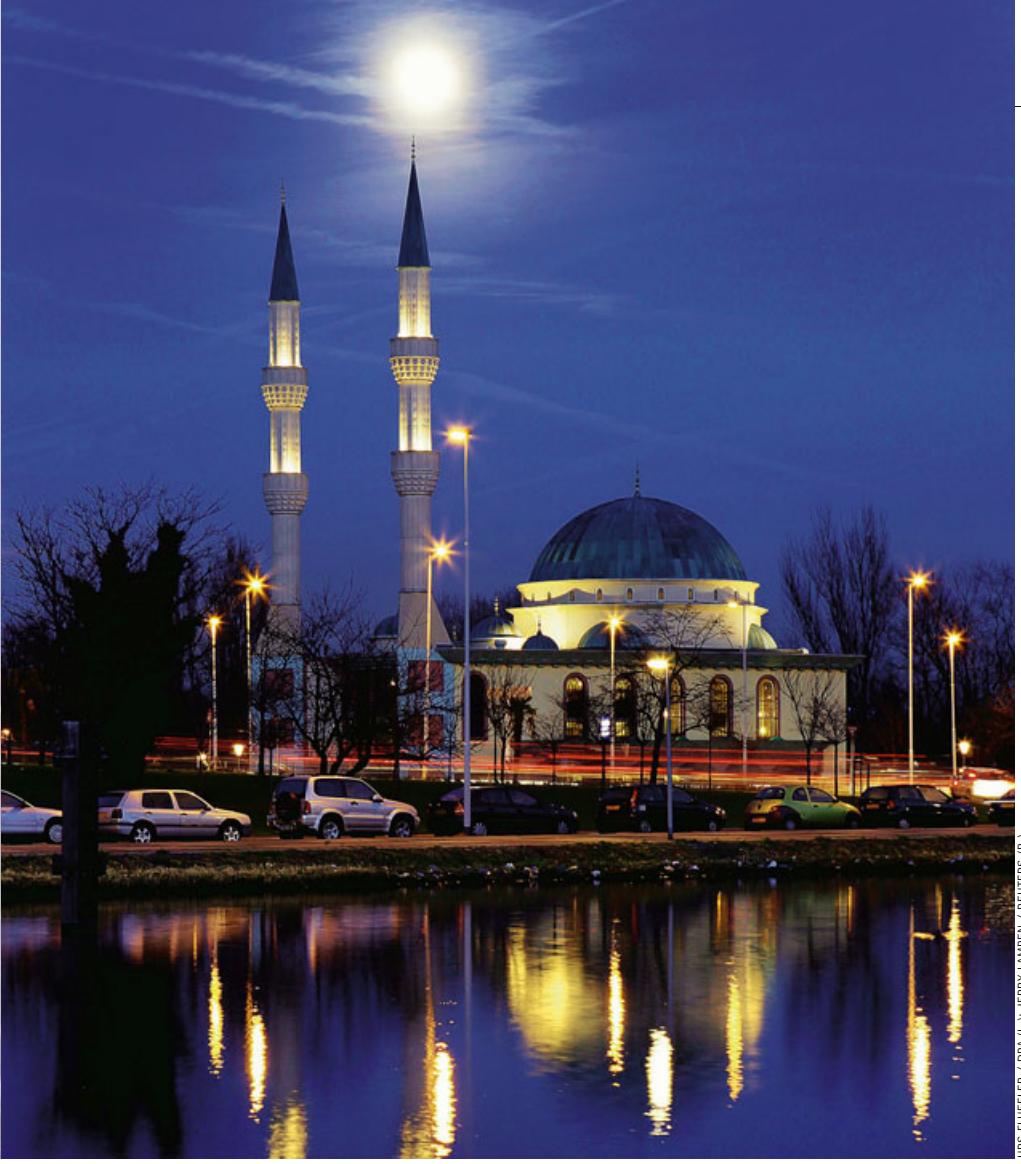
Zingg hat das Minarett verhindert, das Karaademi bauen wollte, er hat erreicht, dass in der Schweiz gar keine Minarette mehr gebaut werden dürfen. Er war einer der Urheber der Volksinitiative, die von den Schweizern am 29. November mit 57,5 Prozent der Stimmen angenommen wurde. In der Verfassung steht künftig der Satz: „Der Bau von Minaretten ist verboten.“

Die Schweizer Entscheidung hat Europa und die Welt erschüttert, denn sie betrifft längst nicht nur den Bau von Minaretten. Es ging um die Frage nach der Identität eines ganzen Kontinents, es war ein Referendum darüber, wie bedrohlich der Einfluss des Islam in der abendländischen Gesellschaft wahrgenommen wird. Nun wird heftig die Frage diskutiert: Wie viel Allah verträgt Europa? In der Entscheidung der sonst so toleranten Alpenrepublik zeigt sich die tiefsitzende Angst vor einem Islam, der immer sichtbarer wird.

Bedrohen muslimische Einwanderer die europäischen Werte? Diese Sorge geht in ganz Europa um. In Umfragen haben sich vergangene Woche 41 Prozent der Franzosen gegen den Bau von Moscheen ausgesprochen, 44 Prozent der Deutschen gegen Minarette. 55 Prozent der Europäer halten den Islam für eine intolerante Religion.

Zeigte sich also in der Schweiz womöglich nur die Haltung, die auch in Europa eine Mehrheit vertreten würde, wenn sie denn könnte?

Die Kritik am Abstimmungsverhalten war wohl auch deshalb so heftig. Der französische Außenminister Bernard Kouch-



URS FLUEELER / DPA (L.); JERRY LAMPEN / REUTERS (R.)

**Moschee in Rotterdam:** *Persönliche Freiheiten einschränken, um die Freiheit zu bewahren?*

ner und der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad, die Uno und der Vatikan waren sich in ihrer Empörung einig: Das Schweizer Votum sei ein Verstoß gegen Religionsfreiheit und Diskriminierungsverbot. Der türkische Europaminister forderte Muslime auf, ihr Geld statt in der Schweiz lieber in der Türkei anzulegen, Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan unterstellte Europa „faschistische Haltungen".

Doch es gab auch Verständnis, Zustimmung, Jubelrufe, in Kommentaren im Internet und von Rechtspopulisten wie dem Niederländer Geert Wilders und dem französischen Front national. Roberto Castelli, ein Spitzenpolitiker der italienischen Lega Nord, sagte: „Die Schweizer erteilen uns wieder einmal eine Zivilisationslehre. Man muss ein starkes Signal setzen, um die proislamische Ideologie zu stoppen."

Gestoppt wurde nun erst einmal das Minarett der Islamischen Glaubensgemeinschaft Langenthal. Mutalip Karaademi, 51 Jahre alt, vor 26 Jahren aus Mazedonien eingewandert, steht vor dem Vereinslokal, einer einstigen Metallfabrik am Ortsrand, darauf eine Holzkonstruktion, sechs Meter und zehn Zentimeter hoch. Sie zeigt die Höhe des geplanten Minaretts an, des ersten, das nun nicht gebaut werden kann.

Karaademi ist der Präsident dieser Gemeinschaft, deren rund 130 Mitglieder aus Albanien, dem Kosovo und Mazedonien stammen. Die kleine Moschee steht hier seit 18 Jahren, und zu Beginn sei ihm das Minarett auch nicht so wichtig gewesen, sagt Karaademi, einfach nur eine Zierde. Aber nun gehe es ums Prinzip. Er will es auf dem Rechtsweg durchsetzen, wenn nötig bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, und es ist gut möglich, dass die Straßburger Richter am Ende die neue Schweizer Verfassungsbestimmung kippen. Er liebe die Schweiz, dieses Musterland, sagt Karaademi, aber dieses Verbot sei „rassistisch und diskriminierend gegen uns", eine Schande für die zivilisierte Welt.

Daniel Zingg ist ein leiser Sieger, er sitzt in einer Pizzeria gegenüber vom Bahnhof von Langenthal, kahlgeschoren, Brille, 53 Jahre alt, er spricht in heiserem Flüsterton: Die Minarette, diese „Speerspitze der Scharia", diese „Zeichen des vom Islam neu eroberten Gebiets", dürften nun nicht mehr errichtet werden, und damit hätten die Schweizer ein Problem gelöst, das anderswo schon unlösbar geworden sei, in den Großstädten Englands und Frankreichs etwa. Zuerst komme bekanntlich das Minarett, danach der Muezzin, die Burka und schließlich die Scharia. Das Verbot, sagt er, richte sich nicht gegen die Muslime, wobei natürlich gelte: „Der Koran erteilt den Auftrag, die Welt zu islamisieren, und die Muslime hier haben keinen anderen Auftrag, sonst wären sie keine Muslime."

Zingg hält seit 15 Jahren Vorträge für Israel und gegen den Islam, er ist Politiker einer ultrarechten christlichen Partei, der Eidgenössisch-Demokratischen Union, bei der letzten Wahl hatte sie einen Stimmenanteil von 1,3 Prozent. Er hat die Moschee in seinem Ort noch nie betreten, denn er hat gehört, dass Muslim werde, wer barfuß eine Moschee betrete. Das will Zingg nicht riskieren.

Man kann sich fragen, wie ein Mann, der mit seinen radikalen Ansichten auch in der Schweiz gewiss nicht in der Mehrheit ist, eine Mehrheit für sein Anliegen gewinnen konnte. Und warum ein Land, das mit seinen rund 400 000 Muslimen bislang wenig Probleme hatte, sich zu so einem dramatischen Schritt entschließt.

Vielleicht wachsen die Ängste, vielleicht werden die radikalen Forderungen deshalb immer populärer, weil es kaum eine offene politische Debatte darüber gibt, welchen Platz der Islam in Europa einnehmen soll.

In der EU leben heute schätzungsweise 15 Millionen Muslime, das sind rund drei Prozent der Bevölkerung – aber mehr als zu jedem Zeitpunkt in der Vergangenheit. Einwanderer, die meist schon vor Jahrzehnten als Gastarbeiter kamen, haben den Islam nach Europa getragen.

Die Frage ist, ob Europa noch Europa sein kann, wenn etwa in Österreich im Jahr 2050 wohl die meisten Jugendlichen unter 15 Jahren Muslime sind. Und wenn schon heute in Brüssel und Amsterdam Mohammed für neugeborene Jungen der häufigste Name ist, in England der dritthäufigste.

Christopher Caldwell, ein amerikanischer Autor und Journalist, hat ein vielbeachtetes, skeptisches Buch über Europa und seine muslimischen Einwanderer geschrieben*. Am Resultat in der Schweiz fasziniert ihn die Kluft zwischen der Ablehnung des Verbots in den Umfragen und der großen Zustimmung in der Abstimmung. „Das bedeutet, dass es eine offizielle Islam-Diskussion gibt und eine verdeckte. Das sollte den Europäern Sorgen machen."

Caldwell schlägt in seinem Buch nicht dieselben alarmistischen Töne an wie andere konservative Autoren, die den alten Kontinent bereits in „Eurabien" umgetauft haben und ihn – unter anderem aufgrund der höheren Geburtenrate der Einwanderer – als künftigen Teil eines „islamischen Weltreichs" sehen. Doch er schreibt auch: „Es ist sicher, dass Europa aus seiner Konfron-

* Christopher Caldwell: „Reflections on the Revolution in Europe". Doubleday, New York; 422 Seiten; 17,95 Euro.

tation mit dem Islam verändert hervorgehen wird, aber es ist weniger sicher, dass der Islam sich als assimilierbar erweist."

Caldwell glaubt, dass muslimische Einwanderer größere Schwierigkeiten hätten als andere Einwanderer, sich in die europäische Gesellschaft einzufügen. Zum einen könne sich eine Minderheit mit dem politischen Islam identifizieren, auch wegen der Kriege, die der Westen in den letzten Jahren gegen den islamistischen Terror führte. Zum anderen gingen mit der Religion Haltungen einher, gegenüber Frauen, Familienbeziehungen, sexueller Freiheit und Rechten von Schwulen, die viele Europäer als problematisch empfänden.

Die Muslime seien eine kleine Minderheit, aber Europa verändere ihretwegen seine Strukturen: „Wenn eine unsichere, sich anpassende, relativistische Kultur auf eine Kultur trifft, die tief verankert ist, zuversichtlich und gestärkt durch gemeinsame Lehren, dann ist es möglicherweise erstere, die sich ändert, um sich der letzteren anzupassen."

In Deutschland hat eine nationale Auseinandersetzung über diese Fragen bisher weniger stattgefunden, es war vor allem das Kopftuch, das einen Kulturkampf entfachte. Sechs Jahre lang hat er die Republik beschäftigt: Die Frage, ob eine aus Afghanistan stammende Lehrerin in Baden-Württemberg mit Kopftuch unterrichten darf, ging bis vor das Verfassungsgericht. Es entschied, das Tuch sei Gegenstand von Ländergesetzen. Seither dürfen Lehrkräfte in der Hälfte der Bundesländer kein Kopftuch tragen.

Wenn es Konflikte gab, etwa um den Bau von Moscheen, dann auf lokaler Ebene. Am Ende standen meist sehr deutsche Lösungen, in denen Bebauungspläne und Nutzungsverordnungen eine Rolle spielen.

Es konnte dann sein, dass die Moschee nicht im Wohngebiet, aber am Bahnhof gebaut werden durfte, mit einem Minarett exakt in Kirchturmhöhe, wie etwa in Kehl. Es konnte aber auch sein, dass nicht einmal ein winziges Minarett gebaut werden konnte, wie in Augsburg, aber auch, dass ein Bürgerbegehren gegen eine riesige Zentralmoschee scheiterte, wie in Köln.

Dass es hierzulande trotzdem Ängste gibt, zeigt das Beispiel einer Kirche, die in Duisburg zur Moschee umgewandelt wurde. Die alten Gläubigen übergaben den neuen feierlich das Gotteshaus, „aber an den Stammtischen und in privaten Kreisen hörte man überall den Spruch, dass die Muslime die Macht in Deutschland übernähmen", sagt Rauf Ceylan, Professor für Religionswissenschaften an der Universität Osnabrück. Er sieht eine latente Angst vor dem Islam bei vielen Deutschen. Das beunruhigendste Beispiel ist für viele Pessimisten Großbritannien. Zwar sind nur knapp drei Prozent der britischen Bevölkerung Muslime, meist aus Pakistan und Bangladesch, doch nirgends in Europa leben viele so abgeschottet vom Rest der Gesellschaft wie hier, in Städten wie Bradford, Dewsbury oder Leicester.

In Luton, 50 Kilometer nördlich von London, liegt der Stadtteil Bury Park, eine alte englische Arbeitersiedlung, aus der die alten englischen Arbeiter längst verschwunden sind. Frauen unter schwarzen Nikabs und Männer mit grauem Kinnbart bestimmen das Straßenbild, Halal-Schlachter und zehn Moscheen. Ein Minarett ist liebevoll aus rotem englischem Backstein in eine Häuserzeile gemauert, der Muezzin ruft per Lautsprecher zum Gebet.

Auf der Straße sprechen die Einwohner Bengali oder Urdu. Das Gemeindezentrum bietet Einbürgerungskurse an. Moscheen veranstalten staatlich finanzierte Anti-Terror-Kurse, die junge Muslime gegen die Propaganda der Extremisten immunisieren sollen. Früher waren hier Hassprediger zu Gast und die Attentäter der Londoner Anschläge vom Juli 2005.

Aber viele Muslime der zweiten, dritten oder vierten Generation sind all dem längst entwachsen. Sie sind bestens ausgebildet, sie haben die britische Staatsbürgerschaft, arbeiten als Ärzte, Rechtsanwälte oder Politiker.

Auf die kulturellen Bedürfnisse seiner Muslime nimmt der britische Staat wohl mehr Rücksicht als jedes andere europäische Land. Muslimische Polizistinnen dürfen ihr Haar mit einem Kopftuch bedecken, es ist Bestandteil der Uniform.

Seit zwei Jahren können britische Muslime bei Streitigkeiten überdies islamische Schiedsgerichte anrufen, die auf Grundlage der Scharia arbeiten. Ihre Entscheidungen sind für beide Parteien rechtlich bindend; notfalls kommt der britische Gerichtsvollzieher und vollstreckt das Urteil. Das ist einzigartig in Europa.

Der Mann, der diese Schiedsgerichte ins Leben rief, ist Scheich Faiz Siddiqi. Seine Scharia-Gerichte tagen bislang in sieben englischen Städten und haben nichts zu tun mit Handabhacken und Steinigung. Sie behandeln nur zivilrechtliche Zwiste und nur dann, wenn beide Parteien dies wollen. Rund 600-mal traten diese Gerichte in den letzten zwölf Monaten zusammen, vor allem bei Streitigkeiten unter Geschäftspartnern, bei Ärger in der Nachbarschaft, aber auch in Erbschaftssachen. Sie sorgten dafür, sagt Siddiqi, dass sich britische Muslime stärker mit Großbritannien identifizieren könnten.

Die französische Islamexpertin Jocelyne Cesari sagt, die britische Situation sei ein Paradox: „Einerseits gibt es eine lebendige muslimische Mittelschicht, gleichzeitig ist es das Land, in dem die Muslime am stärksten in abgeschotteten Vierteln leben und die radikalsten Ansichten vertreten."

Sie sieht in Scharia-Schiedsgerichten kein Problem, solange sie nicht gegen geltendes Gesetz verstoßen. Kompromisse seien tolerierbar in Bereichen, die die Mehrheit nicht einschränkten und nicht gegen das Gesetz verstießen. „Multikulturalität bedeutet nicht, dass die alteingesessene Mehrheit Sonderrechte hat." Caldwells These, dass der Islam nicht mit europäischen Werten kompatibel sei, hält sie für eine Mischung aus Halbwahrheiten und Vorurteilen: „Muslime sind sehr wohl bereit, sich anzupassen, sie sehen ihre Religion oft selbst kritisch."

Doch Cesari sagt, es gebe einen Kampf um die symbolische Anerkennung des Islam. „In den ersten Jahrzehnten haben Muslime bescheidene Gebetsräume eröffnet, jetzt wollen sie Orte, an denen sie mit den Kirchen und Kathedralen Europas konkurrieren können", so Cesari. Da sich das Christentum aber immer mehr aus der Öffentlichkeit zurückgezogen habe, empfänden viele Europäer die Moscheebauten als Provokation.

Die Republik Frankreich verhandelt zurzeit ganz offiziell die Frage, wie sichtbar der Islam innerhalb ihrer Grenzen sein darf – in einem fensterlosen Raum im Keller eines Parlamentsgebäudes in Paris. Dunkle Ledersessel sind im Kreis angeordnet, vor der holzgetäfelten Stirnwand des Saals sitzt André Gerin, Präsident der parlamentarischen Untersuchungskommission zum „Tragen des Ganzkörperschleiers".

Gerin ist Kommunist und seit über 24 Jahren Bürgermeister des Lyoner Vorortes Vénissieux, er trägt einen grauen Nadel-

DE MALGLAIVE ETIENNE / ABACA

**Bürgermeister Gerin (M.), Islamexperte Ramadan*:** *„Mehr Isolation"*

* Am 2. Dezember vor der Pariser Burka-Kommission.

LAHCENE ABIB

**Freitagsgebet in Paris:** *Kampf um die symbolische Anerkennung des Islam*

streifenanzug mit zu kurzen Hosen. Gerin hat diesen Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen, er sagt, die Burka bedrohe die republikanischen Ideale im Land.

Zu Gerins Rechten, den Ausschussmitgliedern gegenüber, sitzt Tariq Ramadan, umstrittener und smarter Islamwissenschaftler mit Schweizer Staatsbürgerschaft. Ramadan, dunkler Anzug, Dreitagebart, ist gegen ein Gesetz, das die Burka verbietet, das würde den Islam nur stigmatisieren.

„Monsieur Ramadan“, beginnt Gerin, „ist das Tragen der Burka eine religiöse Pflicht? Oder empfinden Sie es wie wir als Unterdrückung der Frau?“

„Nein“, antwortet Ramadan, „die Burka ist keine Vorschrift, und sicherlich gibt es Männer, die ihrer Frau gegen ihren Willen das Tragen der Burka auferlegen. Aber ein Gesetz wird nur zu mehr Isolation führen.“

Was er denn vorschlage, fragt der Kommissionspräsident. Die Anwendung bestehender Gesetze, antwortet Ramadan, natürlich müsse eine Burkaträgerin bei Kontrollen ihr Gesicht zeigen. „Aber man muss auch endlich begreifen, dass der Islam eine französische Religion geworden ist.“

Ramadan ist der 145. Experte, den der Ausschuss geladen hat. Er fordert seit Jahren einen selbstbewussten Islam in Europa, angepasst an die Anforderungen der Moderne, vereinbar mit europäischen Errungenschaften wie Menschenrechten und Demokratie. Seine Gegner halten Ramadan für doppelzüngig, für einen Lügner, der das europäische Publikum einlullen will.

André Gerin will eine Debatte herbeiführen über die Frage, wie viel Islam das laizistische Frankreich verträgt. Er sagt, er benutze die Burka dazu nur. Der Inlandsgeheimdienst hat in ganz Frankreich gerade mal 367 Burkaträgerinnen identifiziert. Von allen Problemen, die es mit den bis zu sechs Millionen Muslimen im Land gibt, dürfte die Burka das geringste sein.

Viele Gläubige werfen den Europäern vor, den Islam mit der Burka gleichzusetzen, die Burka mit den Taliban, die Taliban mit Bin Laden. Es werde über sie diskutiert, als wären sie alle Islamisten, als lebten sie nicht schon seit Jahrzehnten im Land.

Doch Gerin hat nun, was er wollte. In seinem Saal kämpft die Republik gegen die Ausnahme von der Regel, im Namen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Wie kann es sein, fragt Gerin, dass wir Angriffe auf die persönliche Freiheit eines jeden in unserem Staat zulassen? Wie kann es sein, dass die Politik keine Antworten auf diese Fragen gibt? Warum ist das im laizistischen Frankreich möglich?

Es ist der Kampf eines Kommunisten um republikanische Ideale und der eines Bürgermeisters um seine Stadt. Es ist auch der eines Realisten: „Wir haben ungefähr 25 Jahre Verspätung, aber wir müssen endlich akzeptieren, dass die Muslime ein Recht haben, sich hier niederzulassen“, sagt Gerin. „Aber sie werden sich unserer Gesell-

BERT HULSELMANS / REPORTERS / LAIF

**Schülerinnen des Antwerpener Atheneums:** *Polizeischutz für die Direktorin*

schaft anpassen müssen.“ Die französische Debatte um die Burka hat eine Gemeinsamkeit mit dem Minarettverbot in der Schweiz: Man greift ein Symbol an und meint etwas anderes. Dahinter steckt die Hoffnung, den Einfluss des Islam zurückzudrängen, indem man seine Sichtbarkeit verringert. Es ist einfacher, über Reizthemen zu streiten als über konkrete Probleme, über Mädchen, die nicht am Schwimmunterricht teilnehmen, über Halal-Essen in der Betriebskantine und das Gebet während der Arbeitszeit. Es ist auch eine etwas hilflose Strategie.

In Antwerpen und einigen anderen belgischen Städten sind Gesichtsschleier schon seit ein paar Jahren verboten. Die Polizei hat einige Frauen mit Nikab oder Burka verwarnt. Doch eigentlich ist das Verbot hier längst kein Thema mehr, es ist sogar schwer, Muslime zu finden, die sich darüber aufregen mögen.

Um das Kopftuch hingegen gab es in Antwerpen großen Streit. Eine weltoffene Hafenstadt eigentlich, aber bei den Gemeindewahlen stimmte ein Drittel der Wähler für den Vlaams Belang, die flämischen Rechtsextremen. Als Erster hatte vor drei Jahren ein sozialistischer Bürgermeister ein Verbot von Kopftüchern im Öffentlichen Dienst erlassen. Seit September gilt das Verbot auch für Schülerinnen.

Karin Heremans, 46, ist die Schuldirektorin des Königlichen Atheneums, das wie eine Trutzburg im Zentrum Antwerpens steht. Sie ist blond, trägt ein tief dekolliertes Kleid aus Seide und rosa Lippenstift, und damit ist sie so ziemlich das Gegenteil ihrer Schülerinnen. Die meisten hier sind Musliminnen, sie tragen Rollkragen und Kopftuch, zumindest bis zum Spiegel, der im Schulfoyer hängt. Dort müssen die Mädchen ihre Kopftücher nun abnehmen. Dass es einmal so weit kommen würde, dass sie das Kopftuch verbietet, hätte Karin Heremans nicht gedacht, als sie im Jahr 2001 Schuldirektorin wurde, zehn Tage vor dem 11. September. Doch dann setzte das ein, was sie den „Kampf der Kulturen“ nennt, und damit meint sie nicht den Kampf in der Welt da draußen, sondern den auf ihrem säulenumrahmten Schulhof.

Am Anfang diskutierten Lehrer mit den Schülern noch über Darwin; man machte Modenschauen, eine Klassenfahrt nach Istanbul. Alles schien möglich, und 2005 schrieb Karin Heremans ein Buch, sie lehnte darin ein Kopftuchverbot ab, kulturelle Unterschiede seien eine Bereicherung.

Aber immer mehr Schulen in Antwerpen verboten das Kopftuch, immer mehr muslimische Mädchen wechselten auf das Atheneum, es war die letzte Schule ohne Verbot. Schließlich kamen Mädchen komplett verhüllt zur Schule, mit langen Mänteln und Handschuhen, und vor dem Eingang stand der Vertreter einer islamischen Organisation und notierte, welche Schülerinnen das Tuch in der Schule abnahmen.

Da verbot auch Karin Heremans das Kopftuch. „Ich hatte Angst, dass wir sonst bald eine muslimische Schule sind“, sagt sie. 70 der 580 Schüler verließen die Schule. Karin Heremans wurde unter Polizeischutz gestellt. Klassenräume wurden verwüstet. Aber in der Schule nahmen die Mädchen ihre Tücher ab, und viele sagten, sie fühlten sich jetzt befreit.

„Wir haben das Wort Toleranz gegen das Wort Wechselseitigkeit getauscht“, sagt Karin Heremans. „Wer Religionsfreiheit erwartet, muss auch die Religionsfreiheit der anderen anerkennen.“ Es müsse unverhandelbare Werte geben, Gleichbehandlung der Geschlechter, Freiheit der Meinungsäußerung und Religion, Respekt. Wenige Tage nach Karin Heremans Verbot schloss sich die Schulbehörde an: Ab dem kommenden Schuljahr sind Kopftücher – und andere religiöse Symbole – an allen 700 staatlichen Schulen in Flandern verboten. Viele der Mädchen lernen jetzt auf islamischen Schulen oder zu Hause.

Der Kopftuchstreit von Antwerpen ist eines der jüngsten Beispiele für die Fragen, vor denen Europa sich sieht: Kann es seine Werte, seine Freiheit bewahren, indem es persönliche Freiheiten einschränkt?

Der Umgang mit dem Islam ist die vielleicht größte Herausforderung für Europa. Gelingt es, die eigenen Werte zu bewahren, ohne Muslime zu diskriminieren, dann kann daraus ein neuer Wertekonsens entstehen, dann könnten europäische Muslime zum Vorbild für die islamische Welt werden. Gelingt es nicht, könnte Europa seine eigenen Werte verraten, könnten die Populisten gewinnen, deren einfache Lösungen den Kampf der Kulturen anfachen.

Es spricht einiges gegen die Alarmisten, die Europa auf dem Weg zur arabischen Kolonie sehen: Die überwiegende Zahl der Muslime passt sich ihrem Gastland an. Sie sind weniger religiös als in ihren Herkunftsländern, sie akzeptieren in ihrer Mehrzahl die herrschende Kultur. Auch die Furcht vor den hohen Geburtenraten der muslimischen Einwanderer ist übertrieben: In der zweiten und dritten Generation sinken sie auf Landesdurchschnitt.

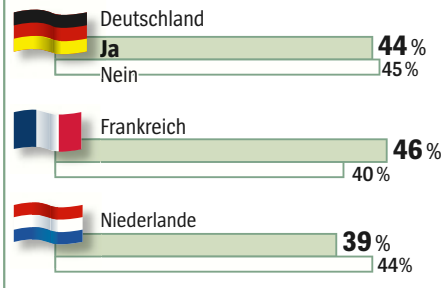
Aber manchmal sind Ängste stärker als Fakten, und manchmal hat ein Minarettverbot auch nichts mit Minaretten zu tun: In den Schweizer Städten, in denen das Zusammenleben von Muslimen und Christen längst Alltag ist, scheiterte das Volksbegehren. Im Bergkanton Appenzell-Innerrhoden, wo nur 500 Muslime wohnen, wollten 71 Prozent das Minarettverbot.

In Langenthal, der ländlichen Kleinstadt, in der ein Minarett gebaut werden sollte, lag die Zustimmung ziemlich genau im schweizerischen Durchschnitt.

Andrea Brandt, Marco Evers, Juliane von Mittelstaedt, Mathieu von Rohr, Britta Sandberg

*„Die Schweizer haben sich in einer Volksabstimmung gegen den Bau von Minaretten ausgesprochen. Was meinen Sie, sollte auch in Ihrem Land der Bau von Minaretten verboten werden?“*

DER SPIEGEL




TNS Forschung (D), Ifop (F), Peil (NL); an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/ keine Angabe; stimme nicht ab (NL)